

Nummer 90 — 34. Jahrgang
Zeitung mit wöchentlich mit der illustrierten Zeitschrift „Der Feuerzettel“ und mehreren Zeitbeiträgen
Wissenschaftliche Beiträge:
Preis: 2 mit St. Sonnenblatt und Feuerzettel M. 1.70
Preis: 2 ohne St. Sonnenblatt u. mit Feuerzettel M. 1.20
Preis: 2 ohne St. Sonnenblatt u. ohne Feuerzettel M. 1.00
Gesamtpreis: 10 M. Sonnenblatt u. Sonneng. M. 20 M.

Sächsische Volkszeitung

Redaktion: Dresden-S., Volkerstr. 11, Berlin 20711 u. 20002
Geschäftsstelle: Dresden und Verlag: Germania Buchdruckerei
u. Verlag Th. u. S. Winkel, Volkerstr. 17, Berlin 20002,
Postleitzahl: Nr. 1025, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 94707

Unabhängige Tageszeitung
für christliche Politik u. Kultur

Ausgabe A-B und C

Dienstag, den 16. April 1935

Beilage: Die Tageszeitung für die kleine Zeitung 5 M.
— Für Familienzeitschriften und Zeitungen 5 M.
— Für Pressezeitungen 5 M. mit einer Gewichtsabnahme

Nach Stresa — die Genfer Ratstagung

Verschiebung der Eröffnungssitzung des außerordentlichen Völkerbundsrates auf Montag mittag

Fühlungnahme der einzelnen Mächte

Die Ankunft der Delegierten

Gens, 15. April. Während Außenminister Naval bereits am Sonntagabend in Gens eingetroffen ist, kam der Außenminister Sir John Simon erst Montag morgen an. Auch der italienische Delegierte, Alloisi, und der polnische Außenminister Wack sind zur Ratstagung in Gens erschienen.

Die anderen Vertreter der Tagung waren bereits im Laufe des Sonntags in Gens eingetroffen. Unter den Delegierten hatte bereits am Sonntag eine Reihe von Besprechungen stattgefunden, die sich insbesondere auf die Ergebnisse der Konferenz von Stresa und auf die Ratstagung bezog. Besonders Venesch und Titulescu haben eine große Tätigkeit entfaltet.

Die ursprünglich für Montag vormittag 11 Uhr angekündigte Eröffnung der Tagung des Völkerbundsrates ist auf Montag nachmittag 3.30 Uhr verschoben worden. In der Eröffnung der zum Teil erst in der Nacht von Stresa eingetroffenen Delegationen kann hierfür eine natürliche Erklärung gefunden werden. Auf der anderen Seite ist es selbstverständlich, daß die Beteiligung der Ratstagung eine vorherige Fühlungnahme unter den maßgebenden Mächten notwendig macht. Viel beachtet wurde die Tätigkeit der schon vorher hier eingetroffenen Außenminister und Delegierten der Kleinen Entente und des Balkanbundes sowie des russischen Außenkommissars Litwinow. Offenbar liegt hier das Bestreben vor, sich in der Durchführung der Beschlüsse so weit wie nur möglich einzuhalten.

Verhandlungen über einen 2-seitigen französisch-italienischen Luftpakt?

London, 15. April.

Der französische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet aus Stresa, es bestehe Grund zu der Annahme, daß gegenwärtig zwischen Frankreich und Italien über einen zweiseitigen Luftvertrag verhandelt und daß mit seiner Unterzeichnung im nächsten Monat auf der Donaukonferenz in Rom zu rechnen sei. Dieser Vertrag könne wahrscheinlich, wie der Korrespondent hinzufügt, als Vorläufer eines ausgedehnteren französisch-italienischen Abkommens angesehen werden, das sich auf die aktive Verteidigung des Friedens im Donaugebiet beziehen würde.

Der Abschluß der Konferenz von Stresa

Stresa, 15. April.

Die Dreimächtekongress von Stresa ist am gestrigen Sonntagmorgenmittag 12.30 Uhr abgeschlossen worden.

Der französische Ministerpräsident Blum gab gestern mittag zu Ehren des italienischen Regierungschefs Mussolini im Hotel Borromeo ein Frühstück, an dem zahlreiche Mitglieder der drei Delegationen teilnahmen.

Der englische Außenminister hatte sich in den Mittagsstunden im Auto nach Alessio an der italienischen Riviera begeben, um dort mit seinem Sohn zusammenzutreffen, der nach vierjähriger Abwesenheit mit seiner Familie aus Indien zurückgekehrt ist.

Das Schlussummum über die Besprechungen in Stresa findet sich auf Seite 3.)

„Times“ über das Ergebnis der Konferenz von Stresa

In einem Beitrag beschäftigt sich die „Times“ mit der Konferenz von Stresa und betont, daß die Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien nicht nur aufrechterhalten, sondern sogar noch enger gestaltet werden soll. Zugleich aber sei die Fühlung der Konferenzmächte mit der wichtigsten abschließenden Nation erneuert worden. Eine gewisse schiefbare Zweideutigkeit der britischen Politik sei auf diese Weise mehr als widergesprochen worden, denn durch britische Vermittlung habe man die deutsche Zustimmung zu einer abweichen Form eines öfflichen Sicherheitspaktos gewonnen. Das Vertrauen in Europa könnte nun langsam wiederhergestellt werden nach der Erschitterung, die es vorher Monat durch die deutsche Ankündigung der Wiederaufstellung erlitten habe.

Großbritannien müsse als Vermittler die deutschen Sicherungsangebote den anderen Mächten gegenüber bei vollem Verständnis für die natürlichen Bedürfnisse bis zu einem gewissen Grade vertreten.

Das Ergebnis von Stresa sollte die vielen Leute, die Deutschland für einen eingeflossenen Gegner jedes Kollektivsystems hielten, beruhigen. Deutschland sei bereits volles Mitglied des Locarno-Systems, des besten Vertrages kollektiver Sicherheit, der bisher erbracht worden sei. Deutschland wünsche ihn auch auf die Luft auszudehnen und sei bereit, an einem vielseitigen Sicherheitspakt in Osteuropa teilzunehmen. An seiner Ostseite an seiner Westgrenze sei Deutschland auf eine Politik internationaler Zusammenarbeit festgelegt. Dass dieses Ergebnis ohne jede Schwächung der englisch-französisch-italienischen Beziehungen erreicht worden sei, sei höchst befriedigend und ermutigend.

Zu den Neuerungen des Kommunikats über „einseitige Vertragserziehung“ bemerkt die „Times“, wenn mit Deutschland

eine Vereinbarung zu einem früheren Zeitpunkt erreicht worden wäre, dann würde das Niveau der Begrenzung niedriger gewesen sein als jetzt möglich sei. Es besteht daher umso bessere Aussicht auf ein wertvolles Rüstungsabkommen, je eher es abgeschlossen werde.

Zu dem Bericht der französischen Protokollnote gegen die deutsche Auskünfte sagt „Times“, jedermann werde das Bedauern der französischen Regierung teilen, daß amtliche deutsche Erklärungen in den letzten Monaten sich als vorläufige freizügig herausgestellt hätten, aber die Verpflichtungen änderen zweifellos einen Rechtsfall, und jeder Geschäftshändler müsse annehmen, daß die Verletzung eines diktatorischen Vertrages etwas anderes sei als die Verletzung eines in Freiheit abgeschlossenen Abkommens. Überdies sei Deutschland, abgesehen von dem indirekten Vertrag der ehemaligen Alliierten, ihre Rüstungen zu vermindern, im Jahre 1922 Gleicherbeziehung verpflichtet worden. Wenn die Gehaltung der Aufrüstung durch die deutsche Regierung auch zu tadeln sei, so müsse man doch fragen, welche andere Methode in der Praxis für ein entwaffnetes Land möglich sei, dem man die Gleicherbeziehung verboten habe. „Times“ vermeidt auf das Beispiel Österreichs, Ungarns und Bulgariens, deren Bündne hinsichtlich einer Vertragsrevision bei ihrem Bemühen sofort eine lebhafte Tätigkeit Titulescus als Vertreter der Kleinen Entente veranlaßt hätten, was dann zu einem Aufstand der Armeen geführt habe. Tatsächlich hätten die Waffe Titulescus die drei Konferenzmächte einschüchtern können. Das Blatt bemerkt, wenn sogar die bloße Verhinderung von Wünschen nicht geduldet werde, dann dürfen sich die Peute in ihrer Ausübung bestätigt fühlen, die der Meinung seien, daß man Berechtigung nur durch Gewaltanwendung erzielen könne. Die Neuerungen des Kommunikats über die österreichisch-ungarisch-bulgarischen Wünsche erinnerten in bezüglicher Weise an den Bericht der Deutschland 1922 gegebenen Zusage. Hoffentlich werde die britische Regierung auch weiterhin Mussolinis Ansicht unterstützen, daß eine neue Erwidlung der betreffenden Teile der Friedensverträge überflüssig sei.

Zu dem Satz des Kommunikats, daß die drei Stresa-Mächte die Krone der westeuropäischen Luftkönige in dem auch weiterhin offen ließen würden, sagt das Blatt, 5 Mächte würden von dem Befehl bestrebt, und wenn der Grundsatz der Gleichheit tatsächlich in jeder Beziehung beobachtet werden sollte, dann bestünde keine Ursache, warum diese 5 Mächte nicht von Anfang an an den Verhandlungen teilnehmen sollten.

Der Sonderberichterstatter der „Times“ über Stresa

London, 15. April.

Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Stresa meint, alles in allem genommen habe die Konferenz, die in einer Atmosphäre des Zweifels, wenn nicht des Verzerrung begonnen habe, nicht nur die Mitglieder der Delegationen, sondern auch die Beobachter der verschiedenen Nationen bestreitig.

Über die bevorstehende Konferenz in Rom sagt der Korrespondent, Großbritannien sei nicht zur Teilnahme

im Sinne von höherer Gewalt, Gebot, einzuholen. Betriebsstörungen hat der Besuch über jüngste Zeit 5 M.
— Für Familienzeitschriften und Zeitungen 5 M. —
Für Pressezeitungen 5 M. mit einer Gewichtsabnahme

Die Frage des Ostpakts

Der Standpunkt der Reichsregierung.

Das Deutsche Nachrichtenbüro veröffentlichte am Sonnabendabend folgende Erklärung der Reichsregierung:

„Treuhänder Auslegungen an verschiedenen Pressekommentaren haben die Reichsregierung veranlaßt, ihren Standpunkt in der Frage des Ostpakts wie folgt zu präzisieren:

I.

In den Berliner Besprechungen hat der Führer und Reichsanzler der britischen Delegation mitgeteilt, daß die Deutsche Regierung zu ihrem Bedauern nicht in der Lage sei, zum Ostpakt in der vorgeschlagenen Form in ihrem Beitritt zu erklären. Die Deutsche Reichsregierung sei demgegenüber aber bereit, einem sozialen kollektiven Sicherheitspakt ihre Zustimmung zu geben, dann, wenn er

erstens sich ausbaue auf gegenseitigen und allgemeinen Angriffsverpflichtungen und Schiedsgerichtsverfahren,

zweitens im Falle einer Friedensstörung ein konsultatives Verfahren vorsehe.

Drittens sei die Deutsche Reichsregierung bereit — unter Bedingung der Schwierigkeiten der einwandfreien Feststellung eines Angreifers — sich allgemeinen Maßnahmen der Nichtunterstützung eines solchen anzuschließen.

Zu diesem Angebot steht die Deutsche Reichsregierung auch heute.

II.

Der Führer und Reichsanzler hat in dieser Befragung weiter mitgeteilt, daß die Deutsche Regierung nicht in der Lage sei, einem Pattoostpakt zuzustimmen, der, sei es für alle oder einzelne, mehr oder weniger automatische militärische Beitandsverpflichtungen enthalte. Diese wäre darin nicht ein Element der Friedenserhaltung, sondern eher noch ein Element der Friedensbedrohung. Die Deutsche Reichsregierung bekennt sich auch heute zu dieser Auffassung und zu der sich daraus ergebenden Haltung.

III.

Die Reichsregierung hat sofort nach Übernahme der Macht ihren Wunsch ausgedrückt, mit den umliegenden Staaten eine Nichtangriffspakte abzuschließen. Sie möchte diesen Vorschlag ohne eine eingehende Kenntnis bestehender zweier- oder mehrheitlicher militärischer Abmachungen einzelner Staaten zu beschränken, und ohne jede Bezugnahme auf sie. Da sie selbst keine aggressiven Absichten hat, fühlt sie sich von militärischen Defensivaabkommen auch nicht betroffen. Auch zu dieser Auffassung bekennt sich die Deutsche Regierung heute noch. So wenig sie daher in der Lage ist, einem Pattoostpakt zuzustimmen, so wenig kann sie daher in der Lage sein, einem Pattoostpakt zuzustimmen, der solche militärischen Verpflichtungen als ein wesentliches Element seines Inhaltes und damit seiner Existenz enthält, so wenig können solche außerhalb dieses Pattoostpakt liegenden Vereinbarungen die Deutsche Reichsregierung behindern, ihrerseits Nichtangriffspakte auf der oben fixierten Basis abzuschließen.

Die Reichsregierung hat sich ebenfalls ausgedrückt, mit den umliegenden Staaten eine Nichtangriffspakte abzuschließen. Sie möchte diesen Vorschlag ohne eine eingehende Kenntnis bestehender zweier- oder mehrheitlicher militärischer Abmachungen einzelner Staaten zu beschränken, und ohne jede Bezugnahme auf sie. Da sie selbst keine aggressiven Absichten hat, fühlt sie sich von militärischen Defensivaabkommen auch nicht betroffen. Auch zu dieser Auffassung bekennt sich die Deutsche Regierung heute noch.

Zu der Frage, ob Österreich, Ungarn und Bulgarien bestrebt sind, die Erhöhung ihrer Rüstungen erhalten sollen, bemerkt der Korrespondent, dieser Vorschlag steht noch auf energischen Widerstand der Kleinen Entente. Es heißt, daß Titulescu standhaft von Montreux nach Stresa telephoniert habe, um einen Druck auf die französische Delegation auszuüben. Mussolini sei mit bestem Willen für die Ausprägung der drei Länder eingestellt, und er scheint dabei nachdrücklich von den britischen Vertretern unterstützt worden zu sein. Der Kontakt Ungarns nach territorialer Revision bleibe das Haupthindernis, aber der Eintritt sei, doch unter dem vereinten Druck von Frankreich und Italien auf ihre besonderen Freunde die Kleine Entente schließlich überredet werden können, zwecks Gewährung bestreitender Sicherheitsgarantien nachzugeben.

Dies ist der Sinn der Antwort der Deutschen Reichsregierung auf die Frage des Kal. Britischen Botschafters, ob Deutschland bereit sei, den Ostpakt auf der von ihm selbst angedeuteten Grundlage abzuändern, auch für den Fall, daß andere Staaten unter sich noch besondere Abmachungen getroffen hätten oder treffen würden.

Die Deutsche Reichsregierung will aber an dieser Stelle die folgenden Bemerkungen nicht unterdrücken:

Die von verschiedenen Regierungen als nötig erachtete Ergänzung von Nichtangriffs- und Gewaltauschlußspakt durch militärische Beistandsoverpflichtungen beruht auf einem Widerspruch in sich. Entweder man glaubt an freiwillig übernommene Verpflichtungen oder man glaubt an sie nicht. Glaubt man an sie, dann ist die Notwendigkeit solcher militärischen Abmachungen nicht einzusehen. Zweifelt man aber an der aufrichtigen Einhaltung einer übernommenen Nichtangriffsverpflichtung, dann ist dieser Zweifel genau so bestreitig gegenüber der sinngemäßen Einhaltung der ergänzenden militärischen Verpflichtungen solcher Friedenspakte. Wenn es möglich ist, daß aus Nichtangriffsplänen Kriege entstehen, ist es ebenso möglich, daß aus defensiven Beistandspakten öffentliche Angriffshandlungen kommen. Nur scheint der Deutschen Reichsregierung der Weg vom Gewalt-Ablehnung und Ausscheidungspakt zum gewalttätigen Friedensbruch ein weiterer zu sein als der Weg von militärischen Verpflichtungen defensiver Natur zu einer militärischen Haltung offensiver Art. Die Deutsche Reichsregierung sieht aber nach wie vor in dieser Entwicklung militärischer Bündnisse in Europa kein Element einer kollektiven friedlichen Entwicklung oder gar einer Garantie des Friedens. Sie ist daher auch nicht in der Lage, Pakt zu unterzeichnen, in denen solche Verpflichtungen ein integrierender Bestandteil sind, gleichgültig ob für alle oder für einzelne Teilnehmer.

Der vorstehende Standpunkt ist dem Britischen Staatssekretär des Auswärtigen durch Vermittlung der Berliner Botschaft amtlich mitgeteilt worden."

Staatsbeihilfen für die Beschaffung von Holzgasstrafahrzeugen

Schaffung eines Nebes von Holzankunstellen.

Berlin, 15. April. Zur Förderung der Einführung und des Betriebes von Holzgasgeneratoren hat der Reichsforstmeister Göring im Einverständnis mit dem preußischen Agrarminister einen bedeutenden Erlass an die preußischen Landesforstwirtschaft gerichtet. Danach kann an Privatpersonen, an Anhängern von Privatbetrieben oder an gemeindlichen Betrieben, die im Jahre 1935 ein fabrikneues Holzgasstrafahrzeug (Pferdekarren oder Personenkraftwagen) häufig erwerben, auf Antrag derseits Beihilfe bis auf weiteres eine Weihile aus der Staatskasse gegeben werden. Das gilt auch für die Neubeschaffung bestehender Holzgasgeneratorenanlagen oder für den Einbau von Holzgasgeneratoren in bisher mit flüssigen Treibmitteln betriebenen Kraftwagen. Die Beihilfe wird nur gewährt, wenn Holzgasgeneratoren eines anerkannten brauchbaren Systems beschafft werden. Die Entschuldigung über die Vermüllungen steht allein bei der preußischen Landesforstverwaltung. Die Höhe der Beihilfe beträgt RM. 800 für ein neues Holzgasstrafahrzeug oder eine neue bestehende Anlage und RM. 200 bei Anschaffung und Einbau eines Generators in ein Benzinkraftfahrzeug oder in eine bisher mit flüssigen Treibmitteln arbeitende Anlage. Der Antrag auf Gewährung einer Beihilfe muß an den zuständigen Landesforstmeister gerichtet werden. Um den Anhängern von Holzgasstrafahrzeugen überall die Nutzung gezielter trockenen Brennholzes zur Füllung der Generatoren zu ermöglichen, wird in dem Erlass weiter die Notwendigkeit bestont, allgemein ein über das ganze Land verbreitetes Netz von Verkaufsstellen, sogenannte Holzankunstellen, zu errichten, die vornehmlich Brennholz in großer Menge und ausreichendem Maßstab jederzeit vorrätig halten. Solche Holzankunstellen sollen zunächst an den Landstraßen, und dort hauptsächlich an wichtigen Durchgangspunkten, eingerichtet werden, die schon jetzt von Holzgasstrafwagen befahren werden.

Kleine Chronik

Todesstrafe für Kinder in Sowjetrußland.

Das Zentralkomitee in Moskau hat sich zur Einführung strengster Maßnahmen entschlossen, um die ungeborene, ständig wachsende Kriminalität der russischen Jugend wirksam zu bekämpfen. In Zukunft werden Kinder von 12 Jahren an den Straftaten des allgemeinen Strafrechts unterstellt, einschließlich der Todesstrafe! Das Zentralkomitee hat auch die Regierungen der Bundesstaaten der Sowjetunion gebeten, ihre Gesetzgebung diesem Erlass anzupassen.

Pyrenäen-Erpress bei Bordeaux entgleist

Drei Tote, zehn Schwerverletzte

Paris, 15. April. Ein folgenschweres Eisenbahnunglück, das drei Tote und zehn zum Teil sehr schwere Verletzte geordnet hat, ereignete sich in der vergangenen Nacht auf der internationalen Strecke Hendaye—Paris. Der sogenannte Pyrenäen-Erpress, der kurz vor zwei Uhr in Bordeaux eintreffen sollte, ist etwa dreißig Kilometer vorher bei der Durchfahrt durch den Bahnhof Marceyenne entgleist. Von den 12 Wagen sprangen sechs aus den Schienen und wurden umgeworfen oder ineinandergerissen. Der Zug hatte im Augenblick der Entgleisung eine Geschwindigkeit von 100 Stundenkilometern. Es ist nur dem Umstand zu verdanken, daß er sich aus modernen Stoßwagen zusammenfeste, daß die Ausmaße des Unglücks nicht noch größer sind. Immerhin wurde ein Wagen gegen einen schweren Granitpfeiler geschleudert und zerstört zusammengebrochen, daß es zunächst überhaupt nicht möglich war, den darin befindlichen Schwerverletzten Hilfe zu bringen. Fünf Stunden lang war man bemüht, einen Angestellten der Eisenbahngesellschaft, dem beide Arme eingeschlagen waren, und den man immer wieder durch Sprühen und Rognok stützte, aus den Trümmern zu ziehen. Als dies endlich gelungen war, konnte man nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen.

Katholische Erzieherinnen im Vatikan

Pius XI. empfing 200 Ordensfrauen, Ursulinerinnen, die zu einer großen pädagogischen Tagung nach Rom gekommen waren. Die Tagung stand im Zeichen des 400-Jahrfeiertags der Gründung dieses großen Schulordens durch die heilige Angela Merici von Brescia am Barbarese.

An der Spitze der Schwestern standen die Generaloberin des Instituts, Mutter Maria von St. Johannes, und die Generalleitung. Außerdem waren vertreten alle Länder Europas, Amerikas, sogar Asiens (Siam und Java) und das ferne Afrika.

Als der Papst im Konziliensaal erschien, stimmten die Ursulinen den Hymnus: „Tu es Petrus“ an.

Dann richtete Pius XI. väterliche Worte an sie. Er freute sich über die stattliche Zahl der Besucher aus allen Gebieten.

Die Feier des 400jährigen Gründungstages des Instituts

gestaltete einen Rückblick auf ein großes Stück des Lebens, den sie schon zurückgelegt hatten und einen Anblick auf den Weg, der noch vor ihnen liegt. Und des Stücks Arbeit, das noch zu tun sei, müsse immer besser und immer ausgiebiger getan werden auf Grund der reichen Erfahrungen der Vergangenheit.

Dann legte er ihnen besonders die Erziehung der Jungen ans Herz und wie sie besonders darauf hin, auch auf das Kleine bei der Erziehung zu achten. Von höchster Bedeutung aber sei es, die Jugend zur Liebe, zur Tugend, zur Bescheidenheit, zur Sittlichkeit und besonders zu einer tiefsinnigen Frömmigkeit auf solider Grundlage zu erziehen.

Dann wollte er segnen ihre große Werken, ihren heiligen Beruf, den Gott ihnen geschenkt habe, dann ihren ganzen römischen Aufenthalt, der dem Hebet und dem Studium gewidmet sei, dann ihren Weg in die Heimat zu ihrem Arbeitsfeld.

Bedauerliche Zwischenfälle in Pommern

Danzig, 15. April.

In Neustadt (Pommern) und Klein-Rohr an der Danziger Grenze ist es zu sehr bedauerlichen Ausschreitungen gegenüber der dortigen deutschen Minderheit gekommen.

Nach einer Versammlung in Neustadt zogen die Teilnehmer unter Führung des Bürgermeisters durch die Stadt, wobei es zu schweren Ausschreitungen gegen Deutsche kam. Hunderte von Deutschen in deutschen Wohnungen wurden eingelagert, Güterhäuser abgewertet, und Angehörige der deutschen Volksgruppe mißhandelt.

Auch in Klein-Rohr, einem kleinen Orte unmittelbar an der Danziger Grenze bei Zapotz kam es zu ähnlichen Ausschreitungen, deren Anhänger so ernst waren, daß ein Zapoter Arzt zur Hilfeleistung für die Verletzten herbeieilte und wurde. Dreißig Tote wurden in sehr ernstem Zustand in eine Zapoter Klinik eingeliefert, der Zustand eines Verletzten ist nach Aussicht der Klinik hoffnungslos, während der Zustand eines zweiten als lebensgefährlich bezeichnet wird.

Von polnischer Seite werden die Vorfälle nicht bestritten. In einer offiziellen polnischen Ausskunft wird dem Deutschen über diese Zwischenfälle Ausdruck gegeben.

Bundesgericht zu der Kirchenaustrittsfrage

Wien, 15. April.

Der Bundesgerichtshof — der frühere Verfassungsgerichtshof — hat eine für die Austritte aus der katholischen Kirche äußerst wichtige Entscheidung gefällt.

Der Landeshauptmann von Steiermark hatte nämlich einem Arbeiter, der seinen Austritt aus der katholischen Kirche und seinen Eintritt in die protestantische Kirche anmeldete, diesen Übertritt verweigert mit der Begründung, daß dieser offensichtlich aus politischen Motiven erfolge. Der Arbeiter legte Beschwerde beim Bundesgerichtshof ein, und dieser gab die Entscheidung des Landeshauptmanns als rechtswidrig an. In der Begründung heißt es, daß die Behörden Kirchenaustritte nur dann verbieten können, wenn der Antragsteller in seinem Entschied durch Geistesmäßigkeit, Trunkenheit oder übermäßige Erregung beeinflußt sei.

Die Verhaftung des Salomon

Berlin, 15. April.

Wie wir hören, ist der Fall der Verhaftung des Verhöld Salomon, genannt Jacob, Befehlshaber von Einheiten gegen die deutsche und die schweizerische Regierung gemeinsam. Die schweizerische Regierung hat den deutschem Regierung Material über die Befreiung mitgeteilt, die sich auf schweizerischem Gebiet unmittelbar vor der Verhaftung des Salomon abgespielt haben. Dabei spielten insbesondere die Bekundungen eines deutschen Staatsangehörigen Dr. Hans Welemann eine Rolle, der in der Schweiz wegen seiner Beteiligung an dem Vorfall festgenommen ist. Welemann hat aussehend, er habe Salomon von Stralsburg nach Basel geflohen, habe ihm hier die Ver-

In den Morgenstunden hat man bereits mit den Aufräumungsarbeiten begonnen. Die Ursache des Unglücks soll angeblich darin zu suchen sein, daß ein Rad des vierten Wagons sich von der Achse löste.

Zeppelin leicht beschädigt.

Das deutsche Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat dieser Tage bei der Zwischenlandung in Venezuela einen leichten Unfall erlitten und Beschädigungen davongetragen. Das Luftschiff verschaffte beim Landungsvorflug im Nebel das Landungsfeld und ging auf einem Fußballplatz nieder. Hierbei stieß es gegen ein kleines Haus, wodurch die Hauptgondel und ein Propeller beschädigt wurden. Das Rad wurde leicht verbockt. Bei dem Unfall wurde niemand verletzt. Eine Fahrtunterbrechung ist nicht eingetreten.

Noch den bei der Deutschen Seewarte vorliegenden Meldepunkten hat das Luftschiff „Graf Zeppelin“ am Sonntagabend 20 Uhr MEZ, die atlantische Linie bei Kap Verdes erreicht.

Berger-Waldenegg fährt nach Genf

Wien, 15. April. Außenminister Berger-Waldenegg ist nach Genf abgereist, um mit den dort versammelten Staatsmännern Besprechungen über den Österreich betreffenden Teil der Konferenz von Stresa abzuhalten.

Irrtümlich verhaftet

Der Sekretär der englischen Botschaft beim Vatikan.

Rom, 13. April. Während des letzten Wochenendes wurde der Sekretär der englischen Botschaft beim Apostolischen Stuhle, Mr. Hugh Montgomery, in der Nähe von Neapel von einem Polizeioffizier angehalten, zur nächsten Polizeistation gebracht und auf den Verdacht hin festgehalten, daß er ein Spion wäre. Selbstverständlich stellte sich das Irrtum erst nach einigen Tagen heraus.

Reichssicherheitsdienst, Ausgabeort Dresden. Teils wölfig, teils aufheiternd, höchtens strahlende Regen. Temperaturen langsam steigend. Mäßige Südwestliche Winde.

gestalte einen Rückblick auf ein großes Stück des Lebens, den sie schon zurückgelegt hatten und einen Anblick auf den Weg, der noch vor ihnen liegt. Und des Stücks Arbeit, das noch zu tun sei, müsse immer besser und immer ausgiebiger getan werden auf Grund der reichen Erfahrungen der Vergangenheit.

Dann legte er ihnen besonders die Erziehung der Jungen ans Herz und wie sie besonders darauf hin, auch auf das Kleine bei der Erziehung zu achten. Von höchster Bedeutung aber sei es, die Jugend zur Liebe, zur Tugend, zur Bescheidenheit, zur Sittlichkeit und besonders zu einer tiefsinnigen Frömmigkeit auf solider Grundlage zu erziehen.

Dann wollte er segnen ihre große Werken, ihren heiligen Beruf, den Gott ihnen geschenkt habe, dann ihren ganzen römischen Aufenthalt, der dem Hebet und dem Studium gewidmet sei, dann ihren Weg in die Heimat zu ihrem Arbeitsfeld.

schaffung eines falschen Postes vorgeschaut und ihn auf diese Weise zusammen mit anderen Personen durch List in einen Staatsschaden über die deutsche Macht verbracht.

Seitens der deutschen Behörden sind auf Grund dieser Mitteilungen eingehende Nachforschungen angestellt worden. Dabei haben sich keinerlei Unahrtspunkte dafür ergeben, daß an den Vorgängen auf schweizerischem Gebiet direkt oder indirekt deutsche Beamten beteiligt gewesen wären. Weiber Welemann noch seine Helferinnen haben von sämtlichen deutschen Stellen Auskünfte erhalten, die mit der Angelegenheit in Zusammenhang standen.

Das amtliche Ergebnis der Danziger Volksabstimmung

Danzig, 15. April.

Der Wahlausschluß für die Volksabstimmung 1933 trat am heutigen Montagvormittag in öffentlicher Sitzung zusammen, um über die Feststellung des Wahlergebnisses Beifall zu fassen. Er kam zu folgendem Ergebnis:

Wahlberechtigte	237 165
Abgegebene Wahlstimme	18 570
Abgegebene Stimmen	236 832
davon gültig	235 062
ungültig	1 770

Davon ehrlich:	Stimmen:	Mehrheit:
NSDAP	139 423	43
SPD	87 729	12
Kommunisten	7 016	2
Zentrum	31 522	10
Freie Wähler	9 805	3
Freie Presse	372	0
Polen	8 294	2

„Junge Front“ erscheint wieder

Wie uns der Jugendführungsverlag Düsseldorf mitteilt, ist das am 6. März 1935 ausgesprochene Verbot der Wochenzeitung „Junge Front“ am 12. April mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden.

Dresdner Schlachtfiebermarkt vom 15. April

Preise: 1. Rinder: a) 39.—42.— b) 35.—39.— c) 30.—34.— d) 25.—29.— 2. Kühe: a) 37.—40.— b) 30.—34.— c) 25.—28.— d) 14.—20.— 3. Füchse: a) 38.—42.— b) 32.—37.— c) — d) —. 4. Kreuzer: a) 23.—29.— 5. Röhre: a) 50.—55.— b) 42.—52.— c) 32.—42.— d) 24.—30.— 6. Lämmer, Hammel und Schafe: a) 14.—18.— b) 11.—15.— c) 7.—11.— d) 4.—8.— 7. Schweine: a) 1. 44.—48.— 2. 2.— 8. Schafe: a) 28.—34.— b) 24.—30.— c) 14.—18.— d) 4.—8.— 9. Schafe: a) 1. 51.—52.— 2. 40.—50.— b) 48.—51.— c) 46.—50.— d) 46.—48.— e) —. 10. Schafe: a) 1. 45.—48.— 2. 42.—44.— 11. Kühe: 100.— darüber Ochsen 204.— Küllen 297.— Kühe 447.— Rinder 84.— darüber Küller 23.— Kreuzer 31.— Röhre 3.— Kühe 181.— Schweine 123.— Marktwärter: Rinder, Küller und Schweine langsam Schafe schlecht.

Marktwärter: Rinder, Küller und Schweine langsam Schafe schlecht. Rücker Hauptmarkt: Mittwoch, 24. April.

Mitteldeutsche Börse vom 15. April

(Eigene Drahtmeldung.)

Herr. Die Börse sah am Montag in letzter Sitzung ein Am Rentenmarkt gewonnen Reichsanleihe Achtel 5 Achtel Renten, Sächs. Staatsanleihe wurden minus 1 Achtel Nr. notiert. Pfandbriefe meist unverändert. Erblander plus 1 Prozent, Erblander Aufwertung plus 0,50 Prozent, Creditplus plus 0,50 Prozent repatriert. Dörflicher Goldpfandbrief und Stammunal Obligationen je plus 0,50 Prozent, Dresdner Stadt plus 1 Achtel Prozent, Dresdner Schafe 1929 plus 0,25 Prozent. Am Aktienmarkt wurden Schubert und Salzer 1,75 Prozent aufgestellt. Beflag plus 1,5 Prozent, Porzellans Waldhoff plus 1,25 Prozent, Adels plus 1,25 Prozent, Reichsbank minus 2 Prozent, Sachsenbaden 0,75 Prozent nach 10 Achtel für 5 Prozent Dividende, Heidenauer Papier plus 1 Prozent, Städteriel Planen und Leipzig Tricot plus 1 Prozent, Bohlscher Bier plus 2,5 Prozent, Radeberger minus 1,5 Prozent.

Franzreichs Note an den Völkerbund

Protest gegen die deutsche Wehrpflicht

Der Wortlaut der Denkschrift

Genf, 15. April.

Die französische Denkschrift an den Völkerbundsrat wegen der deutschen „militärischen Verfehlungen“ hat folgenden Inhalt:

1. Am 16. März hat der deutsche Reichskanzler die Berliner Reichsgerichter der europäischen Rüchte zu sich gerufen, um ihnen vom Abortland eines Menschen Kenntnis zu geben, daß in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht wiederhergestellt werde. Erst am 11. und das eine Einstellung der Armees in großes Armeekorps und in sechshundertzig Divisionen vorsteht. Am derselben Tage trat das Reich in Kraft. Dieser Maßnahme war schon am 9. März die offizielle Ankündigung der Wiedererrichtung einer deutschen Militärluftfahrt vorausgegangen.

In zwei ihrer wichtigsten Bestimmungen sind somit die Klauseln des Friedensvertrages formell aufgehoben worden. Es ist dies die Rückung langer und methoblich im geheimen verfolgter Anstrengungen; es ist dies der Beweis der Bedeutung der in Deutschland bereits vollendeten Ausrüstung, ganz abgesehen von dem Plan, dessen Vollbringung weiterverfolgt wird, es ist dies nicht nur die Bekündigung einer Politik; diese ist schon zur Tatsache geworden.

Vor einem Jahre hat das Anwachsen des durch das Reich für das Jahr 1934/35 vorgesehene Militärbudgets Europa beängt, und die französische Regierung hatte in diesen vorangestellten Anträgen die übrigens später weit übertritten worden sind) eine Aufforderung gegeben für den Entschluß der deutschen Regierung, ihre Ausrüstung in Grenzen zu halten, deren Errichter sie selbst sein wollte. Die Behörden des Reiches erhoben Protest gegen eine solche Auslegung; in einer Note, die der Außenminister des Reiches dem englischen Gesandten in Berlin am 11. April übermittelte hat, wird das Anwachsen der Ausgaben durch die Notwendigkeit gerechtfertigt, die Vorbereitungen für die Umwandlung in eine Militärarmee mit kurzer Dienstzeit weiterzuverfolgen, und es wurde Einpruch dagegen erhoben, daß der Haushalt des Luftfahrtministeriums als Rüstungsbehördle angesehen werden könnte. Einige Tage später, am 27. April, sprach dieser sein „Glossen“ darüber aus, daß man sich ernstlich über den Luftfahrtshaushalt beunruhigen könne, dessen Ausgaben nur dazu dienen sollten, die Neutralität gegen die Zuständigkeiten zu schützen und die Luftfahrt zu reorganisieren. Noch am 29. September bestreitete der Luftfahrtminister, daß das Reich nicht als einzige Verbindungsroute diente. Dreie Monate sind seitdem verstrichen, und der Reichskanzler Hitler ist in der Lage, den britischen Staatssekretär davon zu unterrichten, daß das Reich auf dem Gebiete der Luftfahrt bereits die Gleichheit mit England erreicht habe.

Es wird erlaubt sein, festzustellen, daß, um zu einem solchen Ergebnis zu gelangen, eine Aufforderung von einigen Wochen, ja sogar von einigen Monaten nicht genug hätte. Tatenlos und Erklärungen erhalten daher ihren wahren Wert, und die Bestrebungen, die sie enthalten, ihre wahre Bedeutung.

2. Die Initiativen, an die hier erinnert werden ist, sind ein formeller Bruch der hauptsächlichen Klauseln des Teiles V des Verfaßter Vertrages und der später betreffs ihrer Annwendung zwischen der deutschen Regierung und den Regierungen der hauptsächlichen alliierten Mächte auf der Völkerbundkonferenz abgeschloßnen Abkommen. An dem internationalen Vertritt dieser Vertragsartikel war schon lange kein Zweifel mehr erlaubt, aber diese Überdeutlichungen waren so gut wie möglich verborgen. Heute ist die Verfehlung offensichtlich. Sie wird nicht bestritten. Der Völkerbund hat die Aufgabe, sich damit zu befassen.

3. Wel der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hat sich die Versammlung ausdrücklich auf Teil V des Vertrages berufen, um das Militär-, Marine- und Luftfahrtstatut festzulegen, dem das Reich entsprechen müsse; sie hat von einer Erklärung Kenntnis genommen, nach welcher Deutschland tatsächlich Garantien seiner aufrichtigen Pflicht, die Verpflichtungen, die aus den Verträgen und seinen Anhängen hervorgehen, innenzuhalten“ gab.

Außerdem die deutsche Regierung die Bestimmungen, die ihr Militärluftfahrt regeln, für null und nichtig erklärt, hat sie mit Überzeugung einen der Zulässigkeiten zerstört, auf denen ihre Arbeit an der Genfer Einrichtung begründet ist.

4. Indem sie das tut, hat die Regierung des Reiches den Erfolg der internationalen Verhandlungen über die Sicherheitsregelungen, die unter den Aufzügen des Völkerbundes, bearbeitet auf Artikel 8 des Völkerbundesstatut, nur sich gehalten, erstaunlich gründlich (1), obwohl die Mächte viele Beweise ihres Willens, den Bestimmungen dieses Artikels zu entsprechen, gegeben hatten (2). Was die französische Regierung aufschaut, so müsse sie davon erinnern, daß sie von 1921 bis 1929 die Dienstzeit in Frankreich von drei Jahren auf ein Jahr herabgesetzt habe; daß sie für die Verbesserung der Metropole sofort vermeidbare Streitkräfte sich informiert habe, nach der in Betracht gezogenen Lage um 42 oder 40 v. H. verminder habe, daß die Überseearmee ihrerseits ebenfalls bedeutende Verminderungen erfahren habe, daß die Ausführung des Luftfahrtprogramms nur in ganz schwachem Maße fortgeschritten sei.

Diese Zweifel hatten sich die Schwierigkeiten, die sich einem Erfolg der Genfer Konferenz entgegenstellten, angehängt, aber das hat die deutsche Regierung nicht von ihren Verpflichtungen befreit.

Auch wenn, was die französische Regierung formell bestreitet, die Prämisse von Teil V den Charakter und die Tatsache hätten, die man ihr momentan geben möge bleibt nichtsdestotrotz eine wichtige Tatsache bestehen: welche auch die Schwierigkeiten in der Erfüllung einer Ausgabe seien, die die Maßnahmen der deutschen Ausrüstung noch heftiger machen, so haben während der Zeit, wo die Konferenz ihre Verhandlungen weiterverfolgt habe, die Mächte es nicht aufgegeben, die Grundlage für eine internationale Einigung zu suchen.

Die französische Regierung ist ein sich schuldig, an die Vorschläge zu erinnern, die sie schon am 5. Februar 1932 für die Vereinigung der Bombenfliegerei und ihre Zurverfügungstellung an den Völkerbund und für die Schaffung einer internationalen Macht im Zusammenhang mit der besten Organisation der Sicherheit gemacht hat. Sie erinnert weiter an die Vorschläge, die sie am 14. November desselben Jahres im Hinblick auf die Herstellung eines europäischen Systems der Fliegereiunterordnung und der internationales Zusammenarbeit erinnert hat. Sie erinnert an die Erklärung vom 11. Dezember 1932, die die Gewährung der Gleichberechtigung unüberbar an die Herstellung eines Sicherheitssystems bindet.

Sie erinnert schließlich daran, daß im Oktober 1933, in einer Stunde, wo die internationale Lage sich bereits zu verschärfen beginnt, aus Gründen, für die Frankreich keinelei Verantwortung trägt, die französische Regierung mit mehreren anderen Regierungen dahin übereingekommen war, ein Arbeitsprogramm vorzuschlagen, das es der Genfer Konferenz erlaubt hätte, nützliche und wirksame Arbeit zu leisten. Es ist nun, daß nach Annahme dieses Programms die Reichsregierung sich für verpflichtet fühlte, Genf zu verlassen und seinen Austritt aus dem Völkerbund anzukündigen. Es handelt sich um eine brutalale Geste, die durch nichts gerechtfertigt war, wie dies der Präsident der Konferenz selbst festgestellt hat.

Aber auch nach dieser Geste ist die Arbeit nicht aufgegeben worden.

Am 3. Februar dieses Jahres wurde auf die Initiative der französischen und der englischen Regierung hin ein Programm aufgestellt, das von allen dem Frieden dienenden Mächten mit Genehmigung aufgenommen wurde.

Dieses Programm hatte selbst die Reichsregierung angenommen. Ihre Beschlüsse vom 16. März haben es indessen entzogen geführt. Es wäre nutzlos, wollte sie sich auf die Maßnahmen beziehen, die andere Regierungen sich gezwungen fühlen, in ihrem eigenen Range zu ergriffen; dann diese Maßnahmen würden durch die Entwicklung der deutschen Rüstungen gerechtfertigt. Es wäre nutzlos, wollte sie sich beziehen auf die Maßnahmen der französischen Regierung berufen, die, um den aus dem Krieg hervorgegangenen Schwierigkeiten der Rekrutierung zu begegnen, diese Maßnahme hinsichtlich der Tamer der Militärluftfahrt ergriffen mußte, die schon vor fünf Jahren durch die vorbereitende Rüstungskonferenz als berechtigt anerkannt wurde.

Deutschland hat einem internationalen Problem eine einseitige Lösung geben wollen. Die Verhandlungsmethode hat es durch die Methode der vollen und vollständigen Tatsachen ersezt. Ihre Beschlüsse die mit dem ganzen System der Rüstungsbeschränkungen unvereinbar sind, haben für ganz Europa die Frage der allgemeinen Ausrüstung in ihrer ganzen Schwere aufgeworfen.

Der Völkerbundsrat hat die Pflicht, sich über die Rentabilität der so geschaffenen Zone und über die Zulässigkeit, die sie nach sich zieht, auszupredigen. Es muß auch die Schlüsselelemente bekanntgeben, die die Regierungen für ihre Abkommenpolitik daraus zu ziehen haben, die den Willen haben, die europäische Sicherheit aufrechtzuhalten und zu vermitteln.

5. Eine noch bedeutendere Frage muß gestellt werden. Denn in einem Europa, in dem sich die Methode der einseitigen Rüstung internationaler Verpflichtungen verallgemeinert würde, würde es bald nur noch Platz für eine Machtspolitik geben. Keine Verhandlung ist möglich, wenn im Laufe dieser Verhandlungen einer der Teilnehmer das militärisch an sich reicht, was Gegenstand der Verhandlung ist. Keine Verhandlung ist außerdem nützlich, wenn die Ergebnisse, ganz gleich welcher Art, durch den Willen einer der beteiligten Parteien bestimmt werden können. Man sollte dann bei den internationalen Verhandlungen von vorneherein den Begriff eines Vertrages oder einer Verpflichtung ausschließen.

Die Anstrengungen der friedlichen Nationen gehen darauf hinaus, durch die Angriiffe, gegenfeindlichen Erklärungen und Friedensverpflichtungen zwischen den Staaten ein weiteres Element der kollektiven Sicherheit zu schaffen. Ist es der Wille, diese Anstrengungen fortzuführen, wenn annehmen wird, daß der Vertrag gegen eine übernommene Verpflichtung, so leichtlich sie auch ist, keine anderen Zulässigkeiten noch sich nicht als eine moralische Abschaltung, und wenn man keinerlei Macht einsetzt, indem man sich von seinen Verpflichtungen befreit und herver-

lebende Staat in der Unbestraftheit eine Ermutigung zu neuen Verfehlungen findet? Der Völkerbundsrat kann einer solchen Verfehlung gegen die internationale Ordnung nicht gleichzeitig gegenübertreten, ohne seine Macht nicht gerecht zu werden. Er hat die Pflicht, ihr entgegenzutreten, indem er die geplanten Maßnahmen ergriffen, um der heute geschaffenen Zone abzuhelfen und eine Wiederaufbau zu verhindern. Das sind die Verpflichtungen, mit die die französische Regierung die Machtlosigkeit des Völkerbundes lenken möchte. Aber genau davon, daß die Achtung vor übernommenen Verpflichtungen jedoch friedlichen Natur eine Pflicht ist, die sie sich der Verpflichtungen bewußt, die die vorliegenden Artikel des Plaktes des Mitgliedern des Völkerbundes auferlegen. Sie möchte, das Vertrauen unter den Völkerbund wiederherstellen zu sehen, und erklärt sich mit allen Regierungen solidarisch, denen an der Festigung des Friedens gelegen ist.

Die französische Regierung will vertrauensvoll darauf, daß sich der Völkerbundsrat über die ihm unterbreitete erste Note auspricht, daß er über die Gegenwart besticht und die Zukunft sichert.

Die französische Denkschrift an den Völkerbundsrat ist noch ihrem ersten Eindruck, wenn auch in Form einer Bildungsschrift, nicht das Bläßdauer für den förmlich Völkervertrag.

Zu Punkt 1: Zu ihrer Grundidee steht die Denkschrift völlig darüber hinweg, daß sich Deutschland in einer Zwangslage befindet, und ihm sein Vorrecht durch das Verhalten der anderen vorgerechnet würde. Auf der einen Seite war es laut Aussage französischer Minister seit Jahren klar, daß Frankreich nicht daran dachte, die verordnete Rüstungsverpflichtung erfüllend durchzuführen. Auf der anderen Seite wurde Deutschland durch ein Spiel mit wechselseitigen Völkerverträgen hindurch gehalten, um davon verhindert zu werden, an den primitiven Sicherheitsmaßnahmen für sein Territorium zu denken. In dieser jahrelangen Periode unrichtiger Verhandlungen nah es für Deutschland nur eine Möglichkeit und nur eine lebensverlässliche Pflicht: Notgedrungen alle Verfehlungen und Verherrlichungen für eine angemessene Wehrmachts zu treiben, doch in dem Ausmaß, in dem die leige Hoffnung schwand, den Verhältnissen Vertrag durch die anderen erfüllt zu sehen, die ameikische Deutschtums-Partei unentbehrlichen Rüstungsmaßnahmen schamlos eingeschlagen konnten.

Zu Punkt 2: Wenn in der Denkschrift die Prämisse des Völkerbundesinstitutes giziert wird, die ihr in Mittelbalkan-Zonen und Sicherheit garantieren, dann hat Deutschland seit 1939, dem Beginn der Arbeiten jenes „norvertrittlichen Rüstungsaufbaus“, bis zum Jahre 1941, also neun Jahre lang, unverhältnismäßig und vorwiegend darum gekämpft, die Zahl der Predambel auch für sich angewendet zu leben.

Zu Punkt 3: Wenn sich Deutschland bei Eintreten in den Völkervertrag auf das künftige Militärbudget des Völkerbundes verpflichtete, so hat sich Deutschland folglich an diese Zulässigkeit gehalten, solange noch der Schimmer einer Hoffnung bestand, doch die anderen Mächte noch daran denken würden, zur logalen Herstellung eines solchen Status quo zu scheitern.

Zu Punkt 4: Die Rüstungsabschreibungen Frankreichs wirken gerade für Deutschlands Ehren nicht aufrichtig. Während Deutschland auf das internationale Rüstungsbudget vom 100 000 Mann festgelegt war, darf sich Frankreich eine Armee von diesen Millionen ungebildeter Personen. Die Rüstungsabschreibungen weiter unter Berücksichtigung aller Rüstungsauflagen unverhältnismäßig für Deutschland verboten, und ein unkontrollierbares potentiell de guerre wurde weiterhin verdeckt aufgestellt.

Zu Punkt 5: Wenn der Krieg bei Eintreten in den Völkervertrag auf das künftige Militärbudget des Völkerbundes verpflichtete, so hat sich Deutschland folglich an diese Zulässigkeit gehalten, solange noch der Schimmer einer Hoffnung bestand, doch die anderen Mächte noch daran denken würden, zur logalen Herstellung eines solchen Status quo zu scheitern.

Zu Punkt 6: Wenn der Krieg der Prämisse der Völkervertrag auf die Rüstungsabschreibungen Frankreichs nicht aufrichtig, dann ist die Rüstung im wesentlichen Rüstungsbudget vom 100 000 Mann festgelegt war, darf sich Frankreich eine Armee von diesen Millionen ungebildeter Personen. Die Rüstungsabschreibungen weiter unter Berücksichtigung aller Rüstungsauflagen unverhältnismäßig für Deutschland verboten, und ein unkontrollierbares potentiell de guerre wurde weiterhin verdeckt aufgestellt.

Zu Punkt 7: Wenn der Krieg der Prämisse der Völkervertrag auf die Rüstungsabschreibungen Frankreichs nicht aufrichtig, dann ist die Rüstung im wesentlichen Rüstungsbudget vom 100 000 Mann festgelegt war, darf sich Frankreich eine Armee von diesen Millionen ungebildeter Personen. Die Rüstungsabschreibungen weiter unter Berücksichtigung aller Rüstungsauflagen unverhältnismäßig für Deutschland verboten, und ein unkontrollierbares potentiell de guerre wurde weiterhin verdeckt aufgestellt.

Zu Punkt 8: Als sie zur Rüstungsfrage gelangten, haben die Vertreter der drei Mächte ins Gedächtnis gerufen, daß das Londoner Kommunikat ein Abkommen vorliegt, das frei mit Deutschland ausgehandelt werden sollte, um an die Stelle der entsprechenden Klauseln des Teiles 5 des Vertrages von Versailles zu treten. Sie unterzogen weiter die Handlungen der deutschen Regierung und den Bericht Sir John Simons über seine Unterhaltungen mit dem deutschen Reichskanzler über diesen Gegenstand einer sorgfältigen und begoreten Besprechung.

Mit Bedauern stellen sie fest, daß die Methode der einseitigen Rüstung, die von der deutschen Regierung in einem Augenblick angewandt wurde, als gerade Schritte ergriffen waren, ein in freier Weise ausgehandeltes Abkommen über die Rüstungsfrage zu erreichen, das öffentliche Vertrauen in die Sicherheit einer friedlichen Ordnung unterminiert hat. Darüber hinaus hat das große Maßnahmen des veröffentlichten Programms der deutschen Ausrüstung, das schon mitteilen in der Ausführung begriffen ist, die zahlreichen Schädigungen entwertet, auf die die Rüstungen für eine Ausrüstung höher gegründet waren,

Das gemeinsame Kommuiqué von Stresa

Stresa, 15. April.

Das Schlusskommuiqué der Konferenz von Stresa trägt die Überschrift: „Gemeinsame Entschließung der Konferenz von Stresa.“ Der Wortlaut ist folgender:

Die Vertreter der Regierungen Italiens, Frankreichs und Englands haben in Stresa die allgemeine europäische Lage geprüft im Lichte der Ergebnisse des Meinungs austausches, der in den letzten Wochen stattgefunden hat, sowie der Entscheidung, die am 16. März von der deutschen Regierung gefällt wurde, und schließlich auf Grund der Ausführungen, die von den britischen Ministern während ihrer kürzlich stattgefundenen Besuchs in verschiedenen Hauptstädten Europas erlangt wurden. Nachdem der Einfluß dieser Lage auf die Politik gewogenen Zusage um 42 oder 40 v. H. vermindert habe, daß die Überseearmee ihrerseits ebenfalls bedeutende Veränderungen erfahren habe, daß die Ausführung des Luftfahrtprogramms nur in ganz schwachem Maße fortgeschritten sei.

Die Zweifel hatten sich die Schwierigkeiten, die sich einem Erfolg der Genfer Konferenz entgegenstellten, angehängt, aber das hat die deutsche Regierung nicht von ihren Verpflichtungen befreit.

Auch wenn, was die französische Regierung formell bestreitet, die Prämisse von Teil V den Charakter und die Tatsache hätten, die man ihr momentan geben möge bleibt nichtsdestotrotz eine wichtige Tatsache bestehen: welche auch die Schwierigkeiten in der Erfüllung einer Ausgabe seien, die die Maßnahmen der deutschen Ausrüstung noch heftiger machen, so haben während der Zeit, wo die Konferenz ihre Verhandlungen weiterverfolgt habe, die Mächte es nicht aufgegeben, die Grundlage für eine internationale Einigung zu suchen.

Die französische Regierung ist ein sich schuldig, an die Vorschläge zu erinnern, die sie schon am 5. Februar 1932 für die Vereinigung der Bombenfliegerei und ihre Zurverfügungstellung an den Völkerbund und für die Schaffung einer internationalen Macht im Zusammenhang mit der besten Organisation der Sicherheit gemacht hat. Sie erinnert weiter an die Vorschläge, die sie am 14. November desselben Jahres im Hinblick auf die Herstellung eines europäischen Systems der Fliegereiunterordnung und der internationales Zusammenarbeit erinnert hat. Sie erinnert an die Erklärung vom 11. Dezember 1932, die die Gewährung der Gleichberechtigung unüberbar an die Herstellung eines Sicherheitssystems bindet.

Die französische Regierung ist ein sich schuldig, an die Vorschläge zu erinnern, die sie schon am 5. Februar 1932 für die Vereinigung der Bombenfliegerei und ihre Zurverfügungstellung an den Völkerbund und für die Schaffung einer internationalen Macht im Zusammenhang mit der besten Organisation der Sicherheit gemacht hat. Sie erinnert weiter an die Vorschläge, die sie am 14. November desselben Jahres im Hinblick auf die Herstellung eines europäischen Systems der Fliegereiunterordnung und der internationales Zusammenarbeit erinnert hat. Sie erinnert an die Erklärung vom 11. Dezember 1932, die die Gewährung der Gleichberechtigung unüberbar an die Herstellung eines Sicherheitssystems bindet.

wurde, sich gemeinsam zu beraten im Hinblick auf die Maßnahmen, die im Falle der Bedrohung ergriffen werden müssen, um die Sicherheit und Unabhängigkeit Österreichs zu gewährleisten. Somit sie überein vorzuschreiben, daß Vertreter aller der Regierungen, die im Protokoll von Rom aufgeführt sind, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zusammenzutreffen sollen mit dem Ziel, die zentralen politischen Vereinbarungen abzuschließen.

4. Was den ins Auge gerichteten Punkt für Westeuropa betrifft, so betrachten die Vertreter der drei Staaten die Grundidee des Vertrahens, das eingeschlagen werden soll, wie es im Londoner Kommunikat vom 3. Februar vorgesehen ist, und beschlossen, das Studium dieser Frage aktiv fortzuführen in der Absicht, einen Pakt zwischen den fünf Mächten abzuschließen, der im Londoner Kommunikat erwähnt werden, sowie von allen zweizeitigen Vereinbarungen, welche ihm begleiten können.

5. Als sie zur Rüstungsfrage gelangten, haben die Vertreter der drei Mächte ins Gedächtnis gerufen, daß das Londoner Kommunikat ein Abkommen vorliegt, das frei mit Deutschland ausgehandelt werden sollte, um an die Stelle der entsprechenden Klauseln des Teiles 5 des Vertrages von Versailles zu treten. Sie unterzogen weiter die Handlungen der deutschen Regierung und den Bericht Sir John Simons über seine Unterhaltungen mit dem deutschen Reichskanzler über diesen Gegenstand einer sorgfältigen und begoreten Besprechung.

Mit Bedauern stellen sie fest, daß die Methode der einseitigen Rüstung, die von der deutschen Regierung in einem Augenblick angewandt wurde, als gerade Schritte ergriffen waren, ein in freier Weise ausgehandeltes Abkommen über die Rüstungsfrage zu erreichen, das öffentliche Vertrauen in die Sicherheit einer friedlichen Ordnung unterminiert hat. Darüber hinaus hat das große Maßnahmen des veröffentlichten Programms der deutschen Ausrüstung, das schon mitteilen in der Ausführung begriffen ist, die zahlreichen Schädigungen entwertet, auf die die Rüstungen für eine Ausrüstung höher gegründet waren,

Hinsichtlich des französisch-italienischen Protokolls vom 7. Januar 1935 und der englisch-französischen Erklärungen vom 3. Februar 1935, in welcher der Vertrag bestätigt

der Kirma
nößliche und
Kunsthand-
werk. Ein Dieb
ist von weit
er Kriminal-
tät. Zwei
andere der
Tasche
Personen ha-
ben.

am 8. d. M.
dlicher Weise
in einer
und in den
oben die Tha-
in den Nach-
ne Sommers
hierzu füch-
ten, sich um-
den

1935 meist
R. A. Ein-
satz, der durch
angänge an-
gelegt werden
1. März
gegenüber
R. A. Die
Stand vom
Wochen R. A.
15,4 Millionen
erabgedrückt
aus den Zah-
lungen R. A.
hören werden.
Der Zahlungs-
ausichtlich
wendig ver-
Rückzahlung
tionen R. A.
verpflichtun-
gen gegen-
s; sie ließen
haltplan auf-
liegt als im

Industrie
Präsident
1935 verfügt,
gruppe der
ab die kon-
dieses Wirt-
schaften sind,
wo-
en zu treuen

Wirtschaftsbe-
rieller in die
gruppe Indu-
der Bezirks-
sgemäß wird
a. C. Leipzig

St in Altenber-
wirkt betrieben
Was wird in
eröffnet wer-
Unternehmen,
hemberg weit-
besten Inhaber
s weibliche
gartigen Alters
und Stelle zu

und Johannes
sitzt sein:
nicht und sieht
ich war der po-
Soloquartett
Herrn Ditt-
bester Erinner-
scheinlichkeit
ihm entgegen
das zum Aus-
sonderungen
Dr. W.

Jungen
sich hinter
geht, aber auch
hochkultivier-
seinefeldt,
unter tenorale
auf den kleinen
kleinen, aber
— Blumatur-
nicht erberg ist
Sieber sind in
schaftlichkeit, ihrer
entzündend, je-
lang lautlos
die Mission und
nen und spielen
merdigend-un-
miedigen am
wiederholte zu

Dr. W.

Die dritte Ab-
bildung nach
stellung von
Die Proben zur
selle von Holz-
die der Völker-
Gänge. — Wo
Anfertigung von
vorgesehen. Die

Notizen

Eine russische Fälschung

Das in Moskau erscheinende Organ des Zentralrates der löschen Gottlosen, „Antireligiöse“ hat kürzlich behauptet, der „Osservatore Romano“ hätte im vorigen Dezember aus Anlaß der Ermordung Kirrows, der bekanntlich ein Freund Stalins war, geschrieben: „Nicht alle Hände, die von Blut triefen, nicht alle Mörder sind Missetäter.“ Damit sollte der Katholik beschuldigt werden, daß er in seinem Organ den politischen Mord genehmigt habe.

Das erwähnte Zitat ist eine bösertige Fälschung. Der „Osservatore Romano“ hat in seiner Nummer 281 vom 3.4. Dezember 1934 zu der Ermordung Kirrows ausführlich Stellung genommen. Er schrieb damals:

„Wir bestreiten wie immer, wie bei allen Opfern, die bei allen Morden, gegenüber allen, dieses Verbrechen, das als ein politisches Verbrechen mit seinem Blute in unerträglichster Weise die ethischen Gefüge verlängert, auf denen sich das soziale Leben aufbaut. Der Menschenmord darf zu keiner Zeit und in keiner Breite in der moralischen und bürgerlichen Geschichte der Völker eine Heimat finden. Wir als Christen können das in der Konsequenz unseres Christentums feststellen, ohne daß man uns Ausnahmen und Widersprüche vorhalten kann. Aber wenn die russische Presse heute von „ruchlosem Mörderhand“ und von einem elenden Revolverschuß spricht, der den Aufstieg des Kommunismus nicht aufhalten kann, dann muß doch die Tatsache festgestellt werden, daß sie vergibt, daß in Sowjetrußland nicht alle Hände, die von Blut triefen, „veracht“ und nicht alle Revolverschüsse „elend“ genannt werden. Sie vergibt, daß Lenin gepredigt hat, daß die Gegner mit Blei zu behandeln sind und daß die Mörder in das kommunistische Pantheon eingegangen sind....“

Der „Osservatore Romano“ hat also, wie man sieht, das genaue Gegenteil von dem vertreten, was ihm in der Fälschung des Organs der Gottlosen zugeschrieben wird.

Ein Gedicht

Im „Blitz, Kampfblatt für deutsche Glauben und deutsche Art“, vom 7. April wird ein Gedicht veröffentlicht, Verfasser Buss Jo. Poewe, Tübingen. Ueberschrieben:

Deutscher Glaube.

Unser Glaube ist Gott!

Unsere Kirche ist die deutsche Heimat!

Unsere Gemeinde ist das deutsche Volk!

Unsere Bibel ist die deutsche Seele und ihre Werte!

Unser Priester ist jeder rasiebewußte deutsche Mensch!

Unsere Sakramente sind Arbeit Kampf und Liebe!

Unser Bekenntnis heißt Blut und Boden, Freiheit und Ehre!

Unser Symbol ist das urale heidnische Hakenkreuz!

Unsere Zukunft heißt Deutschland!

Deutlicher und bezeichnender, als es hier geschieht, ist der Gegensatz zwischen Christentum und Neuhedentum kaum darzustellen.

„Der Blitz“ ist ein Blatt, das auf deutschstädtische Massenagitierung abgestellt ist. Unter diesem Gesichtspunkte werden die Schlagzeilen und die Überschriften gelehrt. So: „Rechte und deutscher Gruß“, „Battian für die getauften Juden“, „So kommen Wunder aus Lande“. In der Seele muß da dann herhalten, was als Kampfmateriel nur geeignet erscheint, auch wenn es nicht ganz paßt. So konstruiert der Verantwortliche aus der geplanten Ausgabe der Werke Meister Echard, an der die ersten deutschen evangelischen und katholischen Gelehrten arbeiten und die im Auftrag der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft herausgegeben wird, eine „katholisch-protestantische Koalition“. Solch innige Freundschaft sei seit Luthers Zeiten nicht auf die Welt gebracht worden. „Aufgepaßt“ ist die Notiz überschrieben.

In der gleichen Ausgabe auch ein Bericht über ein Jugendding im Rheinland. „Nach 1000 Jahren wieder in deutschem Glauben steht deutsche Jugend auf uraltem germanischen Boden.“ In einer offenen Abstimmung werden hier die Fragen eines neuen deutschen Staatsaufbaues mit deutschgläubiger Zielsetzung in einen unmöglich Zusammenhang gebracht.

„Erstaunte Gesichter überall. Erstaunten auf der einen Seite — Freude auf der anderen Seite über die deutsche Jugend, die nicht mehr an „stremde Götter“ glaubt, Jungs und Mädels, die in den braunen und schwarzen Kolonnen Adolf Hitlers stehen und wissen, daß der Staatsgedanke des Dritten Reiches ein restloses Bekenntnis zum ewigen Deutschland fordert. Junge Soldaten, die wissen, daß der Deutsche Glaube Garant dieses neuen „germanischen Staates deutscher Nation“ ist...“

Am Ehrenhain der Toten hielt der Zug an... Karlheinz Wilde, der Leiter des Jugendthings, sprach von der neuen Gemeinschaft, die zum erstenmal nach 100 Jahren wieder im deutschen Glauben auf diesem uralten germanischen Boden siehe. Worte über den Jahrhundertlangen Kampf, der ganze Geschlechter, den letzten Hohenstaufen, den sechzehnjährigen Konradin gefordert habe. Jetzt aber werde der deutsche Glaube, der der Glaube an das Reich unter der roten Fahne der völkischen Revolution Adolf Hitlers und unter der blauen Willingerfahne der Revolution der deutschen Seele sei, eine Macht... Die Kinder gelobten darauf, mit ihrem ganzen Leben für Deutschland einzustehen.

Wie einfach und doch so groß war die Stunde im Hain derer, die das Reich gefordert hat. Keine Gebete zu nie gefühlten Göttern im bewussten Hallen.“

Neuordnung des Tribunals der Pönitentiare

Der Heilige Vater hat am 25. März, dem Fest Mariä Verkündigung, eine mit den Worten „Quas Divinitus nobis“ beginnende Apostolische Konstitution erlassen, durch die das päpstliche Tribunal der Pönitentiarie, durch das hauptsächlich Vorschriften und Gewohnheiten erteilt werden, sowie für das innere oder Gewissenstorum, einer bedeutsamen Neuordnung unterzogen wird. In den ersten Jahrhunderten seines vom Anfang des 13. Jahrhunderts nachweisbaren Bestandes bezog die Sacra Poenitentiaria ausgedehnte Jurisdiktionsvollem pro foro externo. Pius X. hat durch die Konstitution „Sapienti Consilio“ von 1908 die Zuständigkeit der Pönitentiarie beschränkt und deren Organisation reformiert. Das 1917 promulgatede Kirchliche Gesetzbuch handelt in seinem Artikel über den Tribunale der römischen Kurie in Kanon 259 nur ganz kurz über den Ausgabenkreis der unter dem Kardinal-Großpönitentiarius stehenden Pönitentiarie, die für das Forum internum Gnaden, Absolutionen, Dispensationen, Kommunikationen, Sanctiones und Kondonationen gewährt, sowie Gewissenstorum präst und schlichtet. Die Apostolische Konstitution „Pius“ XI. bezieht sich wesentlich auf eine Konstitution Benedicti XIV. von 1743, der die Pönitentiarie einer weitgehenden Umgestaltung unterzog. Unter Benedicto XV. kam noch die Section für die Abfälle hinzu. Die neue Konstitution will vor allem bewirken, daß im Arbeitsgang dieser für das Gewissenstorum so bedeutsamen päpstlichen Behörde, die z. B. von solchen Sünden und Kirchenstrafen, die dem Papste vorbehalten sind, los sprechen kann, keine Verzögerung eintrete. Sie et-

teilt genaue Anweisungen sowohl über die Person des Kardinal-Großpönitentiars, in der sich die Jurisdiktions und die Vollmachten der Pönitentiarie verkörpern, wie über die Ausübung des Amtes bei dieser Behörde. Besonders beachtenswert ist die nochmalige Bekräftigung der Anordnung früherer Apostolischer Konstitutionen, daß das Amt des Kardinal-Großpönitentiars auch nach dem Tode eines Papstes fortduert, und daß das Heilige Kollegium, wenn der Großpönitentiar während der Verwaltung des Heiligen Stuhles sterben sollte, sofort einen Kardinal zu seinem Nachfolger ernennen muß. Die neue Konstitution bestimmt ferner, daß der Kardinal-Großpönitentiar während der Sessionsanz in schwierigen und dringenden Fällen auch diejenigen Fragen vor dem Gewissenstorum regeln kann, die bei Begegnungen des Papsts dessen Entscheidung reserviert sind. Während des Konklaves wird dementsprechend die mit dem Sessel der Pönitentiarie verbundene, an den Kardinal-Großpönitentiar gerichtete Korrespondenz, ungezügelt demselben übergeben. In diesem Punkte hebt die neue Konstitution die von Pius X. ge- stellte Anordnung für das Konklave auf. Der Kardinal-Großpönitentiar ist indessen verpflichtet, in seiner ersten Audienz bei dem neuwählten Papst Vortrag über die von ihm entschiedenen dringenden Fälle seines Amtes zu halten. Was das Verkommen betrifft, die Gewährung von Abfällen bei Verwaltung des Heiligen Stuhles angeht, so bestätigt die neue Konstitution „Vaccante sede apostolica“.

Die Zeugenvernehmung im Prozeß gegen Prälat Lessers am Freitag

Aus dem Prozeß gegen Prälat Lesser-Rostoch, der bekanntlich vom Schwäbischen Sondergericht zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, tragen wir im folgenden noch die Zeugenvernehmungen der Freitagsgesprächsverhandlungen nach.

Prof. Dr. med. Franke schilderte den Angeklagten, den er 18 Jahre, also einen geraden, wohlwollenden Mann. Der Zeuge ist evangelischer Konfession.

Kaplan Kühler, der seit zweieinhalb Jahren Prälat Lesser unterstellt ist, bestont, daß der Angeklagte immer einen befriedigen Wert daran gelegt habe, den S-A-Zenten der Gemeinde keine Schwierigkeiten im Sonntagsdienst zu machen, indem er, um Gelegenheit zu geben, die Sonntagspflicht zu erfüllen, eigens einen früheren Zeitpunkt für die Messe gelegt habe. Auch in anderen Punkten sei er wohlwollend gegen den Staat gewesen.

Der Vorsitzende leste Wert darauf, festzustellen, daß ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen dem Angeklagten und dem Zeugen bestanden, also wohl Gelegenheit gewesen sei, Neuerungen über Staat und Führer zu machen. Zeuge bestonte, daß hauptsächlich die neuheidnische Bewegung Gegenstand ihrer Unterhaltung gewesen sei. Bekenntlos, Vermann, Bauer. Auf Politiker und die Staatsführung seien abschließende Bemerkungen nicht gemacht worden.

Hier meldete sich noch einmal Zeuge Schinke, und äußerte sich dahin, daß er gestern verzeihet habe, zu erwähnen, daß Prof. Dr. das Buch des Führers „Mein Kampf“ als ein Stück aus dem Volkshaus bezeichnet habe.

Die Zeuginnen Kar und Trisch hatten sich hierüber am vorhergehenden Tage geäußert.

Zeuge Kaplan Kühler wurde vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß er die Aussage verwöhnen könnte; er verzichtete auf dieses Recht und sagte weiter aus. Das Wort „Militär“ gefallen ihm, und zwar in Verbindung mit der Quellenanrede, z. B. bei Grünwedel, der ja längst von der Universität abgetreten sei. Er habe, als der Student Schinke ihn mit einem anderen befreit habe, was vor der Auflösung des Prof. Dr. mit den beiden Zeuginnen, diesem besonderen Gespräch, daß weniger das Lesen anderer Werke, als gerade die Kenntnis und Verwendung der Grundsätze des Nationalsozialismus sei. Die beiden Studenten hätten sich auch bei dem Zeugen Kaplan Kühler als Katholiken eingeführt.

Verteidiger fragte darauf den Zeugen Schinke: „Zeuge verflucht, das Gespräch von weltanschaulichen Fragen auf politische überzuleiten?“

Zeuge Schinke wäre zu Kaplan Kühler gegangen, nachdem er den Strafkunterricht gehört hätte, der behauptet habe, der „so genannte Heilige Vater“ hätte einen Auftrag an die Saarbeckerziehung erlassen, sich erst gut zu überlegen, ob sie für Deutschland stimmen wollten.

Schinke erklärte, daß er nicht nur der Antisemitismus gegenstand sei, sondern weil er als Kämpfer der Lehre Adolfs Hitler hätte starke Verluste verschafft müssen, wie die Stellungnahme des katholischen Clerus zum Nationalsozialismus sei.

Und er wiederholte, daß sein Vater ja noch immer in der Jugendzeit der katholischen Kirche lebte; deshalb hätte ihm ja den Brief geschrieben.

Am trat der alte Offizier des alten Heeres Oberstleutnant v. Kalckenstein ein. Als 80-jähriger katholischer Mann gab er ein Bild der Treue, Ehrlichkeit, der deutschen Gesinnung des Angeklagten, und betonte, dessen

Arbeit als Seelsorger der Heeresmacht besonders auf die Ausbildung der Rekruten während des Weltkrieges. Er und die anderen Offiziere hätten immer wieder die Wohltat seines Arbeit auf Soldaten und Soldaten erkannt, und dieses bis zu den höchsten Stellen berichtet. Besonders erstaunlich ist ihm noch die Wutwuttheit bei der Trauerfeier für den Feldmarschall Hindenburg am 1. August 1934, also während der Regierung Adolf Hitlers, die davon gezeigt hätte, daß Prälat Lesser als treuer Mann zu dem Führer gehörte.

Ähnliche Zeugnisse von Anerkennung der Taten des Führers geben auch das Volkspflegerlein Röhrle aus Röhrle, die Bevölkerung Heide-Rostoch. Beide haben in ihren Gesprächen, die auf das politische Gebiet hinüberspielen, den Widerstand wacker Wertung der Tat der Heidschaffung von Seiten des Prälaten Lesser gehabt.

Insbesondere ist bestont, daß der Angeklagte immer wieder die Unschärfe gegenüber habe, die gerade der Katholik dem Führer gegenüber habe haben müsse.

Auch die Zeuginnen Dubbe und Brinckwirth geben an, daß insbesondere einer Schwester in einem Sitzungssaal der Führer Adolf Hitler, vor allem der Abwehr des Kommunismus, der Abhöhung der Arbeitslosigkeit, der Überbrückung der Krisen hingewiesen und zur Dankbarkeit ermahnt habe. Zeuge Dr. med. Kübler hat außerdem das Gedächtnis des Prälaten Lesser gehabt, daß er Hitler nach Meinung nicht unbedingt helfen und mitmachen, ihm stand Prälat Lesser als ein unbedingt zuverlässiger Seelsorger und Deutscher vor Augen, der unbedingt Staatsbeamten gewesen ist.

Zum Zeugen Dr. med. Kübler, Rostoch, hat sich der Angeklagte dahin geführt, „mit Katholiken müssen im neuen Staat unbedingt helfen und mitmachen“, ihm stand Prälat Lesser als ein unbedingt zuverlässiger Seelsorger und Deutscher vor Augen, der unbedingt Staatsbeamten gewesen ist.

Die Frage des Vorsitzenden an den Zeugen, ob von Gegenseitigen zwischen Staat und Kirche die Rechte gewesen sei, wurde vom Zeugen verneint. Zur Frage „Wuthus“ habe Prälat Lesser gesagt: „Ich hoffe doch, daß der Staat die Sache regeln wird.“

Zeuge Dr. med. Kübler, Rostoch, war als Mitglied des Zentrumsparlament in Rostoch tätig, entlautet sich, daß durch Prälat Lesser ein Klubblatt der Zentrumsparlament vor der letzten Wahl nicht zur Verteilung gelangte, daß diesches Aufschriftungen gegen einzelne Persönlichkeiten der NSDAP enthielt. Ebenso entlautet sich Zeuge Binswanger, hoher Bedenken des Prälaten Dr. für die Staatsform und dessen Führung gehabt zu haben. Nur im Punkte Kindererziehung habe er Bedenken gehabt, bei dem Prof. Walther von Schirach. Der Prof. Walther ist der Weg der deutschen Jugend. Das oberste Ziel der Katholiken sei, den Staat als obigeistliche Gemalt von Gott anzuerkennen.

Prof. Dr. W. Lohner, ordentlicher Professor der Universität Rostoch, katholischer Konfession, 30 Jahre, möchte als Zeuge Angaben darüber, daß Prälat Lesser anerkannt habe, „Mein Kampf“ gelesen, und in diesem Zusammenhang erwähnt habe, daß darin der Führer den Sinn der beiden christlichen Konfessionen verspreche. Neben „Kultuskampf“ habe sich der Angeklagte dahin niedergestellt, daß es wohl darin nicht um Kampf an sich handeln würde, sondern um Kampf für den Führer und dessen politisches Bekenntnis zum Christus des Christentums, das er hierlich verbürgt habe. Zudem wurde der Zeuge über seine Kenntnisse von der Persönlichkeit des Zeugen Schinke befragt. Er ist vom Rektor der Universität von seiner Schmeidigkeit entzündet. Er erwähnt, daß Prof. Hollstein im Rahmen anwesend sei, der besser als er orientiert sei. Prof. W. Lohner hat eine Eindruck von Schinke, daß der selbe vor 20 Jahren bestensbildung habe, er sei ein sehr ehrlicher Mensch, der die Meinung in die Universität zu bringen, nun aber eine Entlassung erlebt, da er von ihm gewollte Erfolge nicht eingetragen sei. Andernfalls sei er in einem Artikel in der Rostocker Studentenzeitung zu meist genommen, da er die Professoren nicht nur der theologischen, sondern aller Fakultäten antritt und Spannungen und Auseinandersetzungen herverleiht, die soeben Auseinandersetzungen unmittelbar machen. Das noch oracul Schinke schwedende Disziplinarverfahren geige im Protokoll die Einzelheiten.

Der „Wuthus“ wurde vom Verfasser selbst als eine Weltarbeits erläutert. Daß Lessers den Verfasser des „Wuthus“ beleidigt habe, wird ihm nicht vorgeworfen. Wo müßten es die in der Anklage erwähnten Beleidigungen des Führers sein, die das Gericht als erwiesen betrachtete.

Diesen Überlegungen, die wir anstellen, ohne den Wortlaut der Begründung zu kennen, widerstreift die von Dr. W. veröffentlichte Begründung des Urteils, in der mit seinem Wort von den angeblichen Beleidigungen des Führers die Rede ist. In einer „seelsorgerischen Beratung“ können wohl Fragen des Wuthus zur Debatte stehen, aber nicht politische. Die Fassung der Begründung läuft aber trotzdem den Schluß zu, daß die Bekämpfung im Anschluß an die Stellungnahme des Prälaten Lesser zum Wuthus erfolgt ist. Wo nur das Urteil gleichen wird, ohne daß dabei der Gang der Verhandlung mitgeteilt wird, liegt die Annahme nahe, daß Prälat Lesser wegen seiner Ausführungen über den Wuthus verurteilt wurde. Es wäre dies wohl die

Erste und schwere Zeiten

hat unsere Generation durchlebt. In Krieg und Invasion, in Zeiten revolutionären Sturms und nationaler Erhebung ist die S. V. ihren Leibern ein treuer Berater gewesen. Treue um Treue! Werben Sie im Pressemonat April einen neuen Bezieher für die S. V.!

— — — Hier abtrennen! — — —

Bestellschein

Ich bestelle hiermit mit Wirkung vom

Sächsische Volkszeitung, Ausgabe A: mit den Beilagen Feuerreiter und St. Benno-Blatt zum Monatsbezugspreis von 2,70 RM.

Sächsische Volkszeitung, Ausgabe B: mit der Beilage Feuerreiter zum Monatsbezugspreis von 2,20 RM.

Sächsische Volkszeitung, Ausgabe C: ohne Beilagen zum Monatsbezugspreis von 1,70 RM.

Ort:

Straße u. Hausnummer:

Unterschrift:

Bezugspreis fällt auf Postfachkonto Dresden Nr. 1025 (Zahlkarte liegt der Zeitung bei!) — wird an Träger bezahlt. Nichtzutreffendes durchstreichen.

Oberlausitzer Fußball

SB. 1911 Löbau gegen SG. Reichenbach 4:1; Sportlust Neugersdorf gegen VfC. Reichenau 0:2; TSV. 1848 Löbau gegen VfB. Oberwitz 4:3.

Fußball in den Gauen

Gau 1 (Ostpreußen): Stadtspiel Elbing gegen Königsberg 1:3.

Gau 2 (Pommern): In Stolp: Ostpreußen gegen Danzig 7:2.

Gau 3 (Brandenburg): Blauweiß gegen Victoria 89 2:1;

Spandauer SB. gegen VfB. Pankow 3:3.

Gau 6 (Witte): SG. Erfurt gegen VfB. Leipzig 0:3;

Erich-Viktoria Magdeburg gegen Berliner SB. 92 1:3.

Gau 7 (Nordmark): Phönix Lübeck gegen Hamburger SB.

1:5.

Palmsonntag, den 14. April, nach Empfang der heiligen Sterbehärtamente rief Gott meine innig geliebte Schwester, unsere gute Schwägerin, Tante und Großtante

Clara Hanisch

im Alter von 84 Jahren aus der ansposernden Pflege kathol. Schwestern in die Ewigkeit ab.

In Gottes Willen demutvoll ergeben

Emil Hanisch
Senior der Familien Hanisch, Rudolph

im Namen aller Hinterbliebenen.

Dresden, Voßlandstr. 12, am 15. April 1935.

Begräbnis Mittwoch, den 17. April, nachm. 3 Uhr, auf dem äußeren kath. Friedhof, Bremer Str. 20.

... wenn
zwei
sich
lieben ...

Brautsonderausbau vom 15. April bis 4. Mai
der Firma Rob. Barthel, Große Plauensche Straße (Ecke Oppelsdorfer Seite) —
Linde 36 — Mitten im Zentrum. Aber etwas verschieden.
Ein Nachstall, der Ihr Vorstellt ist! Küchen — Schlafzimmer — Wohnzimmer eingerichtet bestmöglich!
Unverhofft offen! Was werden Sie statuieren ...
Wagen der Qualität, der Formen und ...
der Preise ...

Zur Osterbäckerei

Wolzenmehl	Type 502	-23
Kaiser-Auszug-Mehl	Type 405	-25
Sultaninen ...	-54 -38	-30
Korinthen	-40	
Bari-Mandeln sah ...	1.08	-92
Bari-Mandeln bitter..	1.25	1.08
Hazelnusskerne	-80	
Inkl. Glas		
Bienenhonig 400 g Glas...		1.40
Bienenhonig 250 g Glas...		.80

3% Rabatt in Marken

GÖRLITZER
Waren-Einkaufs-Verein AG

Sächsische Volkszeitung

Gau 8 (Niedersachsen): Eintracht Braunschweig gegen WFB Bremen 3:3; Hannover 96 gegen Victoria Wilhelmshaven 1:2; Komet Bremen gegen Holstein Kiel 1:3.

Gau 10 (Müllerthal): Schwarzweiß Essen gegen Duisburg 99 2:3; Borussia Gladbach gegen Turn Düsseldorf 3:3.

Gau 13 (Südwelt): Eintracht Frankfurt gegen Boelng Straßburg 3:1; Südstädter Frankfurt gegen Köln 2:2.

Gau 14 (Waden): SV. Waldhof gegen FC. 05 Schweinfurt 1:1; Phoenix Karlsruhe gegen FC. 05 Schweinfurt 3:2; Freiburger FC gegen Wormatia Worms 2:3.

Gau 16 (Bayern): FC. Amberg gegen 1. FC. Nürnberg 0:5.

Deutsche Hochschul-Fußballmeisterschaft (Wurstkuhrunde): In Röntgenberg: Universität Königsberg gegen Universität Breslau 5:4 (1:2).

Repräsentativspiele

In Saarbrücken: Gau Südwest gegen Saarbrücken 2:0 (1:0).

In Budapest: Zentralungarn gegen Gau Ungarn 5:0 (1:0).

Länderspiele

In Zürich: Schweiz gegen Ungarn 6:2 (4:0).

In Brüssel: Belgien gegen Frankreich 1:1 (0:1).

In Prag: Tschechoslowakei gegen Österreich 0:0.

Ein Verfahren gegen Wacker Leipzig
Gegen Wacker Leipzig ist beim Gau Sachsen des Deutschen Fußball-Bundes ein Verfahren anhängig, bei dem es sich um Verstöße gegen die Bestimmungen über den Vereinsmeistertitel (Spielerziehung) handelt. Eine Entscheidung über Art und Höhe der Bestrafung ist noch nicht gefallen, sie ist aber für die nächste Woche zu erwarten.

Richard Hofmann bleibt in Dresden

Nach einer Mitteilung des Dresdner SC entspricht eine umlaufende Fertigungserklärung, nach der R. Hofmann eine Anstellung in Minden i. W. erhalten habe, doch in diesem Falle in einem Mindener Fußballverein spielen werde, nicht den Tatsachen.

Der Schiedsrichter für Deutschland — Tschechoslowakei

Als Schiedsrichter für den am 26. Mai in Dresden stattfindenden Fußball-Länderkampf zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei ist der Italiener A. Bartolozzi in Aussicht genommen.

Handball der sächsischen Gauliga

Auch in der Handball-Gauliga wurden am Sonntag mehrere Gesellschaftsspiele ausgetragen. Die Turngemeinde Borna hatte mit 5:8 das Nachsehen gegen den Volks-SV Dresden. In Leipzig siegten Speldorf, Leipzig mit 12:6 gegen TuS Leipzig-Connewitz; dagegen musste der TuS 1867 Leipzig gegen VfB Olympia 90 Leipzig mit 4:4 zufriedengeben.

Handball der Bezirksklasse im Kreis Dresden

In den Punktspielen der Handball-Bezirksklasse des Kreises Dresden gab es am Sonntag folgende Ergebnisse:
Gruppe A: TV. Großröhrsdorf — EVJM. Dresden

Zum Osterfest
unsere gut ausgereiften Weine

1934 er Ebenkobener, Pfalz	80,-
1933 er Niersteiner Domthal, Rhein .	120,-
1933 er Binger Rosengarten, Rhein .	125,-
1933 er Liebstraumilch, Rhein	135,-
1934 er Wellener Riesling, Mosel ..	105,-
1933 er Bernkastler Rosenberg, Mosel .	155,-

Schaumwein

Schönberger Goldsiegel 250,-

in den Edeka-Geschäften

3%
Edeka-
Rabatt

Rundfunk Deutschlandseiter:

Montag, 16. April

6.00 Guten Morgen, lieber Hörer! 8.00 Wetterbericht für die Hausfrau; 10.00 Neueste Nachrichten; 10.50 Fröhlicher Kindergarten; 11.15 Deutscher Gewitterbericht; 11.30 Lied am Vormittag; 11.40 Der Bauer spricht — Der Bauer hört; anschl. Wetterbericht; 12.00 Übertragung Frankfurt; Mittagskonzert; 12.55 Zeitzeichen der Deutschen Seemarke; 13.10 Hexereien auf der Weise (Schallplatten); 13.45 Neueste Nachrichten; 14.00 Allerlei — von Abel bis Drell; 14.55 Programmhinweise und Wetter- und Wörterbücher; 15.15 Die deutsche Frau als Hüterin des Brauchtums; 15.45

Erzieherfragen; 16.00 Übertragung Hamburg; Unter Nachmittag; 17.30 10 Minuten Turnstunde; 17.45 Klavierwerke von Mozart; 18.20 Politische Zeitungsschau des Throntheater Dienstes; 18.40 Ein nationaler Gedanken; 19.00 Und jetzt ist Feierabend! (Schallplatten); 20.00 Sternspruch; anschl. Wetterbericht und Kurznachrichten des Deutschen Dienstes; 20.15 Sigrid Ouegin singt; 21.00 Übertragung Breslau: Junkenexpedition nach den Sälden; 22.00 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten; anschließend: Deutschlandecho; 22.45 Deutscher Gewitterbericht; 23.00 Wir bitten zum Tanz!

Gioschränke
Eisenschranken · Fliegenschränke
Petzlapfen niedrig.

Otto Graichen
Trumpeterstraße 14
Haus-, Küchen- und Garten-Geräte

Dresdner Theater
Opernhaus:

Montag
Tosca (8)

Tosca: Elsa Glünzner, Tatjana, Angelotti; Bühne, der Meister; Erdmann, Spoleto; Länge, Gelare,zone: Schmalnauer.

Dienstag
Der Evangelimann (7.30)

Ehrenspielhaus:
Montag
Die Röbelungen (8)

1. und 2. Abend.

Ehrenspielhaus: Montag
Die Röbelungen (8.15)

Dienstag

Ehrenspielhaus: Montag
Die Röbelungen (8.15)